



Rundbrief Februar I 2024

1- Rede auf der Palästina-Demonstration am 28.1.2024 vor dem Bremer Hauptbahnhof

DPG e.V. Vizepräsidentin Ivesa Lübben.

Liebe palästinensische Freunde und Freundinnen, liebe Bremer Teilnehmer*innen an der heutigen Kundgebung.



Ich habe nicht gezählt, zum wievielten Male wir uns hier treffen, um gegen den brutalen Krieg Israels in Gaza zu protestieren.

Seit 114 Tagen herrscht Krieg, ein Genozid an den Palästinensern in Gaza. Dieser Krieg hat bislang über 26.000 Menschen das Leben gekostet. Tausende wurden unter den Trümmern begraben. 65.000 wurden verletzt. Der Norden des Gazastreifens ist unbewohnbar. Die gesamte Infrastruktur Gazas: Krankenhäuser, Schulen, Moscheen und Kirchen, Verwaltungsgebäude, Fabriken, das Nationalarchiv, Universitäten, Bibliotheken, Kulturzentren, das Leben und das kulturelle Erbe einer ganzen Gesellschaft liegt in Trümmern. 1,9 Millionen Menschen sind auf der Flucht in einem Gebiet so groß wie unsere Hansestadt. Sie werden von einem Ort zum anderen getrieben – ohne Schutz, ohne Bleibe, ohne Essen und Trinken, ohne Hygieneartikel, nur mit dem, was sie am Leibe tragen.

Das sind keine Kollateralschäden eines Kriegs, es ist die bewusste Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen wie die systematischen Angriffe auf Krankenhäuser oder zuletzt die Bilder der Sprengung der Universität von Gaza gezeigt haben.

Ziel der Israelis ist die Entvölkerung des Gazastreifens, eine neue Nakba. Daraufhin lassen die Äußerungen vieler israelischer Politiker und Studien israelischer Thinktanks schließen. Dieses Ziel ist nicht neu. Seit den 1950er Jahren haben sich israelische Politiker immer wieder Gedanken darüber gemacht, wie sie sich der Bevölkerung des Gazastreifens entledigen können.

26.000 Tote, 65.000 Verletzte. Das sind keine abstrakten Zahlen. Hinter diesen Zahlen verbergen sich Menschen. Eltern, die ihre Kinder zu Grabe tragen mussten. Kinder die durch ihre Verletzungen das ganze Leben lang gekennzeichnet sein werden. Ganze Familien die ausgelöscht wurden. Ärzte in Gaza haben das Akronym “WCNSF” kreiert – “wounded child, no surviving family”. Auf Deutsch:

Verwundetes Kind – keine überlebenden Familienangehörigen.

Dieses Leid muss ein Ende haben. Deswegen fordern wir: Waffenstillstand jetzt. Sofort.

Bei ihrem Amtsantritt hat unsere Außenministerin eine feministische Außenpolitik angekündigt. Ich möchte sie fragen: Wo bleibt die feministische Außenpolitik in Gaza. Überproportional viele Opfer des Krieges sind Frauen und Kinder.

Jeden Tag kommen in Gaza unter den unmenschlichsten Umständen 150 Babys zur Welt: in überfüllten Schulen, in die sich Menschen geflüchtet haben; in Zelten oder auf der Straße; ohne sauberes Wasser, ohne medizinischen Beistand. Überproportional viele Babys werden aufgrund des Stresses und der Traumata der Mütter zu früh geboren. Ihre Überlebenschancen sind gering. Da es kaum noch Strom gibt, funktionieren die Inkubatoren nicht. Kaiserschnitte müssen ohne Betäubungsmittel durchgeführt werden – wenn Frauen überhaupt eines der wenigen Krankenhäuser im Kugelhagel erreichen. Frauen können ihre Kinder nicht mehr stillen, weil sie aufgrund von Mangelernährung und Dehydration keine Milch mehr haben. Da es kaum sauberes Wasser gibt, müssen sie Trockenmilch mit kontaminiertem Wasser anrühren. Viele Babys und Kleinkinder sterben an Mangelernährung, Durchfall und Unterkühlung. Die UN-Sonderberichterstatterin für Gewalt gegen Frauen warnte deswegen: Die von Israel an palästinensischen Frauen, Neugeborenen, Säuglingen und Kindern verübte Gewalt könne „als ...ein Akt des Genozids“ gemäß Artikel II-d der Genozid Konvention klassifiziert werden.

Und was macht unsere Außenministerin? Sie beteuert, dass das Schicksal der Kinder in Gaza ihr Herz brechen würde und verhindert gleichzeitig die Forderung nach Waffenstillstand in den Gremien der Europäischen Union. Ein Waffenstillstand würde der israelischen Kriegsstrategie in den Rücken fallen, ist die Begründung der Bundesregierung. Nicht nur das: Die Bundesregierung hat angekündigt, Israel Panzermunition zu liefern – Munition, mit der Palästinenser*innen in Gaza erschossen werde. **Was für eine Doppelmoral.** Wo bleibt die Solidarität unserer feministischen Außenpolitikerinnen mit den Frauen Gazas?

Wir fordern hier: Keine Kriegswaffen an Israel!!

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza einzusetzen. Waffenstillstand Jetzt! Sofort!

Letzten Freitag hat der Internationale Gerichtshof in den Haag ein historisches Urteil gefällt. Er hat erklärt, dass die Anklage Südafrikas, Israel verübe in Gaza einen Genozid, plausibel sei. Damit kann das Hauptverfahren gegen Israel wegen Genozids eröffnet werden.

Das Gericht hat außerdem Sofortmaßnahmen gefordert. Israel und seine Armee müssten Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass keine Mitglieder der Gruppe der Palästinenser getötet werden. Es darf Mitgliedern der Gruppe keinen körperlichen und seelischen Schaden zufügen. Es darf nichts tun, was die Lebensbedingungen der Gruppe zerstört. Dies bedeutet faktisch – auch wenn es so im Urteil nicht formuliert wurde – einen Waffenstillstand. Israel muss humanitäre Hilfe für den Gazastreifen zulassen. Es muss alle genozidalen Äußerungen – einschließlich der Äußerungen führender Politiker – strafrechtlich verfolgen. Und es muss innerhalb eines Monats dem Gericht Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen erstatten. Die Maßnahmen sind völkerrechtlich bindend. Der IGH behält sich vor, weitere Maßnahmen zu verhängen.

Was hier so juristisch verklausuliert klingt, bedeutet nichts anderes als die Tatsache, dass Israel vor den Augen der Weltöffentlichkeit des Völkermordes angeklagt wurde. Ich kann mich noch daran erinnern, dass deutsche Behörden in den ersten Wochen des Krieges die Parole „Stop the genocide“ verboten haben. Jetzt hat das höchste internationale Gericht bestätigt, dass wir Recht hatten. Ziel der Genozid-Konvention ist nicht nur die Ahndung des Verbrechens, sondern seine Verhinderung. Genau das haben wir mit unseren Demonstrationen und Mahnwachen getan. Das tun wir auch heute wieder. Und das werden wir in Zukunft tun.

Stoppt den Genozid! Waffenstillstand jetzt!

Ich möchte hier auch noch einmal explizit der Republik Südafrika danken, die selber jahrzehntelang unter einem Apartheidregime gelitten hat – ein Apartheidregime, das im Übrigen eng mit Israel kooperiert hat.

Danke Südafrika! Hoch die internationale Solidarität!

Deutsche Politiker wie Vizekanzler Habeck haben im Vorfeld der Urteilsverkündung selbstgefällig erklärt, die südafrikanische Anklage sei absurd. Südafrika hätte eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen.

Deutschland hat sogar angekündigt, Israel im Hauptverfahren vor dem IGH mit einer sogenannten Nebenintervention zur Seite zu stehen. Die Ankündigung erfolgte ausgerechnet am Gedenktag des

deutschen Völkermordes an den Hereros und Namas in Namibia. Der namibische Präsident hat daraufhin Deutschland, vorgeworfen, den moralischen Kompass verloren zu haben.

Das Urteil vom letzten Freitag ist auch eine Warnung an unsere Politiker. Die Genozidkonvention der UN ahndet nicht nur den Genozid selber. Sie verpflichtet alle Länder, Genozid **aktiv zu verhindern und zu bestrafen**. Unsere Regierung tut nichts, um den Genozid in Gaza zu verhindern. Im Gegenteil: Sie macht sich mit den Waffenlieferungen zum Komplizen. Das gilt auch für andere westlichen Waffenlieferanten Israels – allen voran die USA.

Amerikanische Juristen haben inzwischen vor einem Gericht in Oakland/Kalifornien Präsident Biden, Außenminister Blinken und Verteidigungsminister Austin wegen Komplizenschaft im Genozid in Gaza angeklagt.

Der Krieg gegen die Palästinenser in Gaza wird an vielen Fronten geführt und hat viele Gesichter. Eines ist der Versuch, die Institutionen der UN zu delegitimieren.

Genau am Tag der Urteilsverkündung des IGH, des höchsten UN-Gerichts, erklärte die israelische Regierung, sie hätte Anhaltspunkte dafür, dass sich 12 Mitarbeiter*innen der UNRWA, dem UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge, am Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober beteiligt hätten.

Ein Verdacht gegen 12 Mitarbeiter*innen von insgesamt 13.000 !!!

Der Chef der UNRWA Philippe Lazzarine hat daraufhin sofort eine Untersuchung eingeleitet und die Verträge mit dem verdächtigsten Mitarbeiter*innen kündigen.

Trotzdem haben acht westliche Länder unter dem Vorwand der israelischen Anschuldigungen ihre Zahlungen an die UNRWA eingestellt – darunter die USA, die Niederlande und auch Deutschland.

Die Kampagne gegen die UNRWA ist Teil der Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung in Gaza. Die UNRWA ist die wichtigste Hilfsorganisation im Gazastreifen. In die UNRWA-Schulen sind zehntausende Menschen vor dem Bombenhagel geflüchtet. Die Ärzte der UNRWA arbeiten Tag und Nacht bei der Versorgung der Verwundeten. Ohne die Infrastruktur der UNRWA ist die Verteilung der humanitären Hilfe unmöglich. Dafür hat die UNRWA einen hohen Preis gezahlt. 152 Mitarbeiter*innen wurden bei den israelischen Angriffen getötet. Genau deswegen ist sie Israel ein Dorn im Auge.

Lazzarini warnte, die UNRWA könne kollaborieren. „Die Palästinenser in Gaza haben keine zusätzliche kollektive Bestrafung verdient“, so der UNRWA-Chef.

Wir fordern von der Bundesregierung: Keine Einstellung der Zahlungen an die UNRWA

Noch ein letztes Wort zum Abschluss meiner Rede: Politiker aus den USA, Europa und Israel diskutieren bereits über die Nachkriegsordnung in Gaza: Wer soll die Kontrolle übernehmen? Die Israelis, die Palästinensische Autonomiebehörde, Stammesälteste...? Die Palästinenser werden nicht gefragt. Seit 75 Jahren wird den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Es ist nicht das Recht der Israelis oder westlicher Politiker über die Zukunft der Palästinenser zu bestimmen. Da können nur die Palästinenser selber tun.

Wir fordern nochmals:

- **Waffenstillstand Jetzt!**
- **Die Bundesregierung muss sich für die Umsetzung der Sofortmaßnahmen des IGH einsetzen!**
- **Keine Rüstungsexporte nach Israel!**
- **Für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser! Für einen unabhängigen, souveränen palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967!**

2- Vortrag: Der Gaza Krieg und die deutschen Debatten

<https://www.youtube.com/watch?v=hosZeLV00yE>

3- Mustafa Barghouti über den Gazakrieg: „ Hamas ist Teil unserer Gesellschaft“

FRANCESCA BORRI

Quelle: Wochentaz 27. Januar – 2. Februar 2024

Der Politiker will die Hamas in eine gesamtpalästinensische Regierung einbinden, um zu Stabilität zu kommen. Für Israelis zeigt er wenig Verständnis.



*Mustafa Barghouti auf einer Demonstration in Ein Hijleh, Westjordanland, im Jahr 2014
Foto: Daniel Tepper/Redux/laif*

Mustafa Barghouti ist Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Initiative (PNI), einer Initiative, die gewaltfreien Widerstand gegen die israelische Besatzung propagiert. Er gilt als möglicher Nachfolger von Mahmud Abbas als Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde. Mit seiner NGO Medical Relief Society (PMRS), die in Gaza an vorderster Front kämpft, ist er rund um die Uhr beschäftigt. Den Gaza Krieg beobachtet er aus der Ferne – aus Ramallah im Westjordanland.

wochentaz: Herr Barghouti, dass es in Gaza noch keinen Waffenstillstand gibt, liegt auch daran, dass eine Strategie für den Tag danach fehlt. Wie kann ein weiterer 7. Oktober verhindert werden?

Mustafa Barghouti: Indem man vermeidet, nur über den 7. Oktober zu sprechen.

Das war nicht nur irgendein Tag.

Was ist das Problem? Dass der Stacheldraht durchbrochen wurde oder dass dieser Stacheldraht existiert? Ich bin Arzt und ich konzentriere mich nicht auf die Symptome, sondern auf die Ursachen. Der 7. Oktober ist ein Symptom. Die Hamas selbst ist ein Symptom. Im Jahr 1948

... nein, bitte fangen Sie nicht mit 1948 an. Wir kennen die Geschichte. Bleiben wir bei den aktuellen Entwicklungen.

Wenn Sie die falsche Frage stellen, bekommen Sie die falsche Antwort. Es sieht aus, als wollte ich Fragen ausweichen, aber Sie sind es, die den Antworten ausweicht. Der Rückzug aus dem Gazastreifen, den Ariel Scharon (ehem. Regierungschef Israels, Anm. d. Red.) 2005 anordnete, war nie als echter Rückzug gedacht. Israel kontrolliert weiterhin die Grenzen, den Zoll, den Handel, die Steuern, die Telekommunikation, den

größten Teil der Stromversorgung, den Luftraum, das Standesamt: alles. Anfangs zählte es die Mindestmenge an Kalorien, die zum Überleben notwendig ist, und ließ keinen zusätzlichen Krümel in den Gazastreifen. Nach UN-Angaben sollte der Gazastreifen schon 2020 nicht mehr lebensfähig sein. Und nun schreiben wir das Jahr 2024. Es gab nicht einmal mehr Trinkwasser, nur noch Meerwasser, Salzwasser. Es war klar, dass diese Barriere früher oder später niedergerissen werden würde.

Sie vergessen die über 1.000 Israelis, die in Stücke gerissen wurden.

Das tue ich nicht. Und deshalb muss die Belagerung beendet werden. Niemand hier will, dass sich der 7. Oktober wiederholt.

Sie sprachen von Ursachen und Symptomen. Was ist die Therapie?

Der 7. Oktober beweist nicht, dass nur Macht funktioniert, sondern das Gegenteil: dass Macht nicht ausreicht. Selbst wenn man die fortschrittlichste Technologie hat, wird es immer einen Gleitschirm geben, den man nicht vorhergesehen hat. Der 7. Oktober zeigt, dass es Zeit ist, zur Politik zurückzukehren. Der letzte Gipfel zwischen Netanjahu und Abbas fand 2014 statt.

An Politik mangelt es in erster Linie in Ramallah. Abbas' Amtszeit ist 2009 ausgelaufen. Die Palästinenser haben zuletzt 2006 gewählt.

Absolut. Wir sind da, wo wir sind, auch weil die Palästinensische Autonomiebehörde so ist, wie sie ist. In Oslo (*steht für einen* 1993 begonnene Reihe von Friedensabkommen, *Anm. d. Red.*) wurde sie schlecht konzipiert, und seit Oslo wurde sie noch schlechter verwaltet. Deshalb fordern wir als Palästinensische Nationale Initiative Neuwahlen. Wir wollen eine Übergangsregierung für den Gazastreifen und das Westjordanland zusammen: eine Regierung der Nationalen Einheit, die von uns allen gebilligt ist. Und so schnell wie möglich Wahlen.

Bedeutet nationale Einheit die Einbeziehung der Hamas?

Ja, natürlich.

Israel wird das nicht zulassen.

Wir sprechen von der palästinensischen Regierung, nicht von der israelischen.

Aber glauben Sie, Israel würde die Hamas akzeptieren?

Darum geht es nicht. Die Hamas existiert. Sie kann nicht einfach ausgelöscht werden. Denn es geht nicht nur um Jahja Sinwar (*Hamas-Führer im Gazastreifen, Anm. d. Red.*), die Kämpfer oder Gaza. Die Hamas ist eine komplexe Bewegung. Sie ist Teil unserer Gesellschaft. Sollte sie auch nur 5 Prozent der Stimmen haben, hätte sie das Recht, eine Stimme zu haben. Wie alle. Es geht nicht um Zahlen: Es geht um Demokratie.

Was ist die Hamas aus Ihrer Sicht?

Nehmen Sie eine beliebige Zeitung aus den 70er Jahren. Lesen Sie über die Palästinensische Befreiungsorganisation und Arafat. Auch er wurde als Terrorist betrachtet, genauso wird die Hamas heute gesehen.

Können Sie sich wirklich Hamas-Chef Ismail Hanijeh etwa als Regierungschef vorstellen?

An der Führung beteiligt zu sein, bedeutet nicht, in der Regierung zu sitzen. Die Hamas ist immer sehr pragmatisch gewesen. Sie ist bereit, einen Schritt zurückzumachen, wenn es zu einem Schritt nach vorne führt.

Sie wissen aber auch, dass die Hamas die Wahlen vermutlich gewinnen würde.

Aber sie wird keine Mehrheit haben. Stimmen sind ja keine Sitze: Sie werden durch das Wahlgesetz in Sitze umgewandelt. 2021 haben wir ein Verhältniswahlssystem eingeführt, um zu Koalitionsregierungen zu kommen und Fehden zu vermeiden. Die Auseinandersetzung mit der Besatzung ist kompliziert genug. Wer auch immer gewinnt, wir werden zusammen regieren.

Und wie wollen Sie mit Ihrem Ansatz die Sicherheit Israels gewährleisten?

Wie wird Israel unsere Sicherheit gewährleisten?

Die Hamas erkennt die Grenzen von 1967 nicht an. Ihr Palästina reicht vom Jordan bis zum Mittelmeer. Da ist kein Platz für Israel.

Wer sagt das? Die Grenzen von 1967 werden im [Abkommen von 2006](#) erwähnt, das zu unserer ersten Regierung der Nationalen Einheit führte. Seither werden sie in allen unseren Abkommen erwähnt, bis hin zum Abkommen über das neue Wahlgesetz und die Neuwahlen. Und Hanijeh hat bestätigt, dass die Hamas ihre Haltung nicht geändert hat. Es ist vielmehr Netanjahu, der die Grenzen nicht anerkennt, der Israel vom Fluss bis zum Meer sieht. [Im September zeigte er bei der UNO eine Karte, auf der alles Israel war, sogar das Westjordanland und der Gazastreifen.](#) Niemand erhob Einwände.

Ich hatte nach der Sicherheit gefragt.

Sicherheit wird durch das Ende der Besatzung entstehen. Punkt. Nach 1948 blieben uns nur noch 22 Prozent unseres Landes, und schließlich, nach 1967, einigten wir uns darauf, nicht mehr zu beanspruchen. Wir haben unseren Anteil bereits geleistet. Aber jetzt sind die israelischen Siedler überall und wir haben nur noch 18 Prozent dieser 22 Prozent. Die letzte Siedlung wurde am 5. Dezember genehmigt. In der Hitze des Krieges. Lasst uns in Frieden und ihr werdet in Frieden leben.

Netanjahu sagt, er werde den Gazastreifen nicht verlassen, bevor die Hamas ausgelöscht ist.

Über 70 Prozent der Häuser liegen in Trümmern. Sein Ziel ist ein anderes: Er will die Palästinenser zwingen, wegzuziehen.

[Israel wird vor dem Internationalen Gerichtshof \(IGH\) des Völkermords beschuldigt.](#) Glauben Sie, dass dies das richtige Wort ist, um diesen Krieg zu beschreiben?

Das ist eine Frage an Sie.

Wie meinen Sie das?

Darf ich [Elie Wiesel](#) zitieren? In jedem Krieg gibt es drei Kategorien. Die Mörder, die Opfer und diejenigen, die danebenstehen und zusehen. Eines Tages wird man Sie fragen: Wo waren Sie?

Allerdings hat der IGH keine Macht – [selbst wenn er Israel verurteilen sollte.](#)

Macht hat viele Formen. Die meisten Regierungen sind auf der Seite Israels, aber die öffentliche Meinung ist mehrheitlich auf der Seite des Gazastreifens. Vor zehn Jahren mussten Journalisten von der „sogenannten Besatzung“ schreiben. [Heute schreiben sie über Apartheid.](#) Es gibt die Macht der Waffen und die der Ideen. Die Macht der Vernunft. Ich bin geboren, als Schwarze in den USA in die hinteren Reihen der Busse verbannt wurden, und ich habe erlebt, wie ein Schwarzer Präsident wurde.

Was erwarten Sie von Europa?

Nichts.

Nicht einmal Sanktionen?

Sie haben tausende Sanktionen gegen Putin verhängt, aber gleichzeitig machen Sie hier Urlaub in den Airbnbs in den Siedlungen (*im Westjordanland, Anm. d. Red.*). Sie haben keine Glaubwürdigkeit mehr.

**Spende
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Kontoverbindung**

**IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK**

Spende Zweck: Gaza – Palästina

4- DPG – Zoom Veranstaltungen

DPG-Zoom Veranstaltungen
Vorträge und Diskussion mit Experten
zur aktuellen Lage im Gazastreifen und
in den besetzten Gebieten



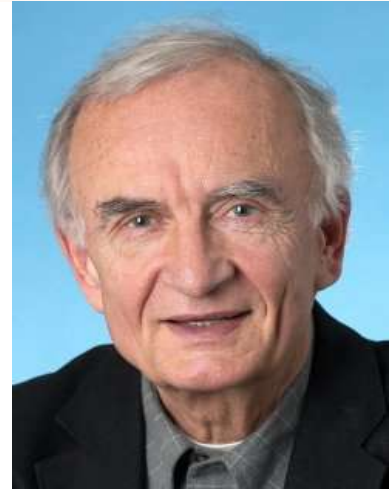
Tamar Amar-Dahl

Montag
19.02.2024
19:30 Uhr



Riad Othman
medico

Montag
18.03.2024
19:30 Uhr



Prof. Norman Paech
Völkerrechtler

Montag
22.04.2024
19:30 Uhr

Die DPG ist jetzt auch unter [dpg_de](https://www.instagram.com/dpg_de) auf Instagram zu finden.

Bitte

teilen, folgen, kommentieren und liken.

Monika Wilk

21.10.2023, 4.35 Uhr

Geknechtete Völker

Geknechtetes Volk,
Der Heimat entrissen.
Den Schlüssel fest in der Hand.

Geknechtete Völker,
Den Liebsten entrissen.
Gefolterte Seelen bekunden das Leid.

Geknechtetes Volk,
Ausbeuter der Ausgebeuteten.
Wo bleibt die Scham
Das Mitgefühl?

Geknechtete Völker,
Grenzenloser Hass
in verbrannten Seelen
Eurer Brüder, Eurer Schwestern.

Ein weiser Spruch aus dem
kriegsbebeutelten Jemen:"
Erst wenn die Väter ihre Söhne mehr lieben
als ihre Feinde zu hassen, erst dann wird
Friede sein."

Gewidmet
Khaled Shomali

*Monika Wilk: Mitglied der
[Arbeitskreis Palästina Brühl-Battier](#)*

Ende der Besatzung ist der Schlüssel für den Frieden